

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten (kurz „Daten“) daher ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen. Mit dieser Datenschutzerklärung wollen wir Sie über die Verarbeitung Ihrer Daten in unserem Unternehmen und die Ihnen zustehenden datenschutzrechtlichen Ansprüche und Rechte umfassend im Sinne des Art. 13 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO) informieren.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlich ist

Lebenshilfe Kreisvereinigung Tirschenreuth e. V
Waldsassener Str. 9
95666 Mitterteich
E-Mail: info@lh-tir.de
Tel.: 09633/ 923198-0

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte ist

Jürgen Beer
Projekt 29 GmbH & Co. KG
Ostengasse 14
93047 Regensburg
E-Mail: anfrage@projekt29.de
Tel.: 0941-2986930

2. Welche Daten werden verarbeitet und aus welchen Quellen stammen diese Daten?

Wir verarbeiten die Daten, die wir im Rahmen der Vertragsanbahnung bzw. -abwicklung, anhand von Einwilligungen oder im Rahmen Ihrer Bewerbung bei uns bzw. im Rahmen Ihrer Mitarbeiterschaft bei uns von Ihnen erhalten haben.

Für die Frühförderung und die mobilen sonderpädagogischen Hilfen:

Zu den personenbezogenen Daten zählen:

Ihre Stamm-/Kontaktdaten, hierzu zählen bei **Kund:innen** z.B. Vor- und Zuname (der Eltern und des Kindes), Adresse, Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Krankenkasse und Versicherungsnummer, Daten aus Beratung, Diagnostik und Förderung / Therapie sowie ärztliche Diagnose (ICD 10).

Bei **Bewerber:innen und Mitarbeiter:innen** zählen hierzu z.B. Vor- und Zuname, Adresse, Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Geburtsdatum, Daten aus Bewerbung (Lebenslauf und Arbeitszeugnis).

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

Für den Fachdienst:

Zu den personenbezogenen Daten zählen:

Ihre Stamm-/Kontaktdaten, hierzu zählen bei Kund:innen (Kindern mit Integrativplatz in der KiTa) z.B. Vor- und Zuname, Geburtsdatum, zuständige KiTa und Buchungszeit KiTa.

Bei Fachdienstmitarbeiter:innen Vor- und Zuname, berufliche Qualifikation.

Darüber hinaus verarbeiten wir auch folgende sonstige personenbezogene Daten:

- Entwicklungsfortschritte, Förderbedarf, Förderziele des Integrativkindes im Bereich der Integrationsarbeit im Kindergarten, ggf. Diagnose im Rahmen der Berichterstellung, anderweitige Therapien, Anbindung an die Frühförderung.

Für die Heilpädagogische Tagesstätte und die Petö-Einrichtung:

Zu den personenbezogenen Daten zählen:

Alle in den Aufnahmeunterlagen aufgeführten Angaben – Datenbogen, Sozialhilfeantrag (für den Kostenträger benötigt), ärztliche Stellungnahme: Name, Anschrift, Telefon, bisher besuchte Einrichtungen, Angaben zur Familie, medizinische Daten, wichtige Angaben zur Betreuung, Angaben zu Pflegeleistungen, Schulärztliche Einwilligung, Fachdienstbetreuung und Hilfsmittel, Daten von Arzt und Krankenkasse, allgemeine Angaben zum Kind/Jugendlichen/jungen Erwachsenen, Betreuung, Veröffentlichung in Medien und Schweigepflicht, Sozialleistungen, Personen in der Haushaltsgemeinschaft, Bankdaten.

Alle Daten, die zur Erstellung eines Behandlungsplanes und Therapieplanes im medizinischen Fachdienst notwendig sind:

Diagnosen, medizinische Daten, Gutachten von Kliniken oder SPZ

Alle Daten, die für die Erstellung der Förderplanung im pädagogischen Bereich notwendig sind:

Aufnahme in der HPT, sonderpädagogische Gutachten, Diagnosen, Grad der Behinderung, Pflegegrad, Nationalität, Religionszugehörigkeit, Angaben zu den Sorgeberechtigten und Ansprechpartnern im Hilfesystem, Beschreibung von Fähigkeiten und Förderbedarfen im Bereich Körperfunktionen und Anatomie, Aktivitäten und Teilhabe und Umweltfaktoren (gemäß ICF-CY).

Darüber hinaus verarbeiten wir auch folgende sonstige personenbezogene Daten:

- Daten zu Anwesenheit, Mittagessen und medizinischen Behandlungen im Rahmen der Heilpädagogischen Tagesstätten
- Daten zum Bus-Transport
- Beratungsunterlagen und pädagogische Dokumentation
- Angaben zu Freiheitsentziehenden Maßnahmen
- Angaben im Rahmen des Kinderschutzes
- sonstige Daten, die wir von Ihnen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Ihnen erhalten haben
- Fotoaufnahmen im Rahmen von Veranstaltungen.

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

Für die schulvorbereitenden Einrichtungen:

Zu den personenbezogenen Daten zählen:

Ihre Stamm-/Kontaktdaten, hierzu zählen bei **Kindern und Erziehungsberechtigten** z.B. Vor- und Zuname, Adresse, Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Fax), Bankdaten, allgemeine Anamnesedaten.

Bei **Bewerber:innen und Mitarbeiter:innen** zählen hierzu z.B. Vor- und Zuname, Adresse, Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Fax), Geburtsdatum, Daten aus Lebenslauf und Arbeitszeugnissen, Bankdaten, Religionszugehörigkeit, Bildaufnahmen.

Bei **Geschäftspartner:innen** zählen hierzu z.B. die Bezeichnung ihrer rechtsgeschäftlichen Vertreter, Firma, Handelsregisternummer, Umsatzsteuer-IdNr., Betriebsnummer, Adresse, Ansprechpartner-Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Fax), Bankdaten.

Bei **Besucher:innen** der SVE zählen hierzu Name und Unterschrift (bei Minderjährigen Name und Unterschrift der Erziehungsberechtigten).

Darüber hinaus verarbeiten wir auch folgende sonstige personenbezogene Daten:

- Informationen über Art und Inhalt von Vertragsdaten, Auftragsdaten, sowie Beratungsunterlagen,
- Werbedaten,
- Informationen aus Ihrem elektronischen Verkehr mit uns (z.B. IP-Adresse, Log-in-Daten),
- sonstige Daten, die wir von Ihnen im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung (z.B. in Beratungsgesprächen) erhalten haben,
- Daten, die wir aus Stamm- / Kontaktdaten sowie sonstigen Daten selbst generieren, wie z.B. mittels Entwicklungsüberprüfungen oder Förderplanungen,
- Fotoaufnahmen im Rahmen von Veranstaltungen.

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

Für das Kinderhaus:

Die personenbezogenen Daten erhalten wir aus folgenden Quellen: Angaben der Eltern, kommunale Vorerfassungssysteme, Kommunen, von externen Förder- und Beratungsstellen, Kostenträgern, Schulen, Aufsichtsbehörden.

zu den personenbezogenen Daten zählen:

Ihre Stamm-/Kontaktdaten, hierzu zählen

- alle Daten aus dem Voranmeldebogen der Kinderhauses - Daten des Kindes: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort- bzw. -land, Konfession, Staatsangehörigkeit - Daten der Erziehungsberechtigten: Name, Vorname, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Staatsangehörigkeit, Konfession, Familienstand, Berufstätigkeit, Sorgerecht; gewünschte Buchungszeit, Besonderheiten des Kindes: Verhalten, medizinische Aspekte.
- alle Daten zur Schließung des Bildungs- und Betreuungsvertrages: Daten setzen sich zusammen aus den Daten des Voranmeldebogens und weiterer Daten zur Abwicklung des Vertrages: Buchungszeit; Gewichtungsfaktor für Förderungen; Elternbeiträge; Bankdaten; erweiterte Angaben zum Kind: Geschlecht, Muttersprache, Geschwister, Hausarzt + Adresse, Krankenkasse, Impfstatus, Allergien bzw. Vorerkrankungen, Früherkennungsuntersuchungen, Eingliederungshilfe, Sorgerecht der Eltern; erweiterte Angaben der Sorgeberechtigten: Geburtsdatum, dienstliche Telefonnummern; Abholberechtigte Personen mit Adresse, Telefonnummer; Einwilligung zur Kontaktaufnahme mit vorheriger Kita; Einwilligung Zusammenarbeit Fachdienst und Frühförderung; Einwilligung Foto-, Film und Tonaufnahmen; Schweigepflichtentbindung für interdisziplinäre Zusammenarbeit; Medikamentenverabreichung: Name Kind, Name des Medikamentes, Dosierung, Uhrzeit der Gabe, Name des Arztes; Vorgehensweise bei Zeckenbiss; Wahrung des Sozialgeheimnisses in der Kita.
- alle Daten, die zur Erstellung eines Beobachtungsbogens notwendig sind - Daten zum Kind: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Entwicklungsbereiche des Kindes, pädagogische Zielsetzungen, Vereinbarungen mit Eltern.
- alle Daten für die Erstellung einer Entwicklungsplanung für Kinder mit besonderen Förderbedarf: Daten zum Kind: Name, Vorname, Geburtsdatum, Erziehungsberechtigte, Geschwister, Herkunft, Sprache, medizinische Gutachten und Diagnosen, z. B. Entwicklungsbericht von Ärzten oder SPZ, Grad der Behinderung, Familienhilfe, Jugendamt, Gesprächsprotokolle von verschiedenen Stellen, z. B. Arzt, Familienhilfe, Beobachtungen, Ziele, Methoden der pädagogischen Arbeit, Entwicklungsbereiche, Ergebnisse.

Darüber hinaus verarbeiten wir auch folgende sonstige personenbezogene Daten:

- Daten zum Erstkontakt, um auf die Interessensliste der Kinderhauses aufgenommen zu werden
- Kontaktdaten zum Austausch mit anderen Kinderhäusern, um Doppelanmeldungen zu vermeiden
- Daten zur Anwesenheit und Mittagessen
- Daten zur schnellen Kontaktaufnahme mit Erziehungsberechtigten, z. B. bei Krankheit oder Unfall des Kindes
- Daten zur Masernpflicht
- Beratungsunterlagen und pädagogische Dokumentation
- Daten zur Erhebung von staatlich geforderten Statistiken

Bei Bewerber:innen und Kinderhausmitarbeiter:innen zählen hierzu z.B. Vor- und Zuname, Adresse, Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Fax), Geburtsdatum, Daten aus Lebenslauf und Arbeitszeugnissen, Religionszugehörigkeit, Bildaufnahmen.

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

3. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten Ihre Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz 2018 in der jeweils geltenden Fassung:

- **zur Erfüllung von (vor-)vertraglichen Pflichten (Art 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO):**
Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt für die Vertragsabwicklung online oder in einer unserer Filialen, zur Vertragsabwicklung Ihrer Mitarbeiterschaft in unserem Unternehmen. Die Daten werden insbesondere bei Geschäftsanbahnung und bei Durchführung der Verträge mit Ihnen verarbeitet.
- **zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (Art 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO):**
Eine Verarbeitung Ihrer Daten ist zum Zweck der Erfüllung unterschiedlicher gesetzlicher Verpflichtungen z.B. aus dem Handelsgesetzbuch oder der Abgabenordnung erforderlich.
- **zur Wahrung berechtigter Interessen (Art 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO):**
Aufgrund einer Interessenabwägung kann eine Datenverarbeitung über die eigentliche Erfüllung des Vertrags hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten erfolgen. Eine Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen erfolgt beispielsweise in folgenden Fällen:
 - Werbung oder Marketing (siehe Nr. 4),
 - Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten;
 - Führen einer konzernweiten Kundendatenbank zur Verbesserung des Kundenservice
 - im Rahmen der Rechtsverfolgung
 - Zusendung von nicht-absatzfördernden Informationen und Pressemitteilungen.
- **im Rahmen Ihrer Einwilligung (Art 6 Abs. 1 lit. a DSGVO):**
Wenn Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, z.B. zur Zusendung unseres Newsletters, Veröffentlichung von Fotos, Gewinnspiele, etc.

4. Verarbeitung personenbezogener Daten zu Werbezwecken

Der Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten für Werbezwecke können Sie jederzeit insgesamt oder für einzelne Maßnahmen widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen.

Wir sind unter den gesetzlichen Voraussetzungen des § 7 Abs.3 UWG berechtigt, die E-Mail-Adresse, die Sie bei Vertragsabschluss angegeben haben, zur Direktwerbung für eigene ähnliche Waren oder Dienstleistungen zu nutzen. Diese Produktempfehlungen erhalten Sie von uns unabhängig davon, ob Sie einen Newsletter abonniert haben.

Wenn Sie keine derartigen Empfehlungen per E-Mail von uns erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Adresse zu diesem Zweck jederzeit widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen. Eine Mitteilung in Textform reicht hierfür aus. Selbstverständlich ist in jeder E-Mail immer auch ein Abmeldelink enthalten.

5. Wer erhält meine Daten?

Wenn wir einen Dienstleister im Sinn einer Auftragsverarbeitung einsetzen, bleiben wir dennoch für den Schutz Ihrer Daten verantwortlich. Sämtliche Auftragsverarbeiter:innen sind vertraglich dazu verpflichtet, Ihre Daten vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der Leistungserbringung zu verarbeiten. Die von uns beauftragten Auftragsverarbeiter:innen erhalten Ihre Daten, sofern diese

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

die Daten zur Erfüllung ihrer jeweiligen Leistung benötigen. Diese sind z.B. IT- Dienstleister:innen, die wir für Betrieb und Sicherheit unseres IT-Systems benötigen sowie Werbe- und Adressenverlage für eigene Werbeaktionen.

Ihre Daten werden in unserer Kundendatenbank verarbeitet. Die Kundendatenbank unterstützt die Anhebung der Datenqualität der vorhandenen Kundendaten (Dublettenbereinigung, verzogen/verstorben-Kennzeichen, Adresskorrektur), und ermöglicht die Anreicherung mit Daten aus öffentlichen Quellen.

Diese Daten werden den Konzerngesellschaften sofern zur Vertragsabwicklung notwendig zur Verfügung gestellt. Das Speichern von Kundendaten erfolgt unternehmensbezogen und getrennt, wobei unser Mutterkonzern für die einzelnen teilnehmenden Gesellschaften als Dienstleister fungiert.

Bei Vorliegen einer gesetzlichen Verpflichtung sowie im Rahmen der Rechtsverfolgung können Behörden und Gerichte sowie externe Auditoren Empfänger Ihrer Daten sein.

Darüber hinaus können zum Zweck der Vertragsanbahnung und -erfüllung Versicherungen, Banken, Auskunfteien und Dienstleister Empfänger Ihrer Daten sein.

6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?

Wir verarbeiten Ihre Daten bis zur Beendigung der Geschäftsbeziehung oder bis zum Ablauf der geltenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen (etwa aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, oder Arbeitszeitgesetz); darüber hinaus bis zur Beendigung von allfälligen Rechtsstreitigkeiten, bei denen die Daten als Beweis benötigt werden.

7. Werden personenbezogene Daten an ein Drittland übermittelt?

Grundsätzlich werden von uns keine Daten an ein Drittland übermittelt. Eine Übermittlung findet im Einzelfall nur auf Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission, Standardvertragsklauseln, geeigneter Garantien oder Ihrer ausdrücklichen Zustimmung statt.

8. Welche Datenschutzrechte habe ich?

Sie haben jederzeit ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer gespeicherten Daten, ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit und auf Beschwerde gemäß den Voraussetzungen des Datenschutzrechts.

Recht auf Auskunft:

Sie können von uns eine Auskunft verlangen, ob und in welchem Ausmaß wir Ihre Daten verarbeiten.

Recht auf Berichtigung:

Verarbeiten wir Ihre Daten, die unvollständig oder unrichtig sind, so können Sie jederzeit deren Berichtigung bzw. deren Vervollständigung von uns verlangen.

Recht auf Löschung:

Sie können von uns die Löschung Ihrer Daten verlangen, sofern wir diese unrechtmäßig verarbeiten oder die Verarbeitung unverhältnismäßig in Ihre berechtigten Schutzinteressen eingreift. Bitte beachten Sie, dass es Gründe geben kann, die einer sofortigen Löschung entgegenstehen, z.B. im Fall von gesetzlich geregelten Aufbewahrungspflichten.

Unabhängig von der Wahrnehmung Ihres Rechts auf Löschung, werden wir Ihre Daten umgehend und vollständig löschen, soweit keine diesbezügliche rechtsgeschäftliche oder gesetzliche Aufbewahrungspflicht entgegensteht.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Sie können von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, wenn

- Sie die Richtigkeit der Daten bestreiten, und zwar für eine Dauer, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit der Daten zu überprüfen.

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

- die Verarbeitung der Daten unrechtmäßig ist, Sie aber eine Löschung ablehnen und stattdessen eine Einschränkung der Datennutzung verlangen,
- wir die Daten für den vorgesehenen Zweck nicht mehr benötigen, Sie diese Daten aber noch zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen brauchen, oder
- Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung der Daten eingelegt haben.

Recht auf Datenübertragbarkeit:

Sie können von uns verlangen, dass wir Ihnen Ihre Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen und dass Sie diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns übermitteln können, sofern

- wir diese Daten aufgrund einer von Ihnen erteilten und widerrufbaren Zustimmung oder zur Erfüllung eines Vertrages zwischen uns verarbeiten, und
- diese Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Bei technischer Machbarkeit können Sie von uns eine direkte Übermittlung Ihrer Daten an einen anderen Verantwortlichen verlangen.

Widerspruchsrecht:

Verarbeiten wir Ihre Daten aus berechtigtem Interesse, so können Sie gegen diese Datenverarbeitung jederzeit Widerspruch einlegen; dies würde auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling gelten. Wir verarbeiten dann Ihre Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Der Verarbeitung Ihrer Daten zum Zweck der Direktwerbung können Sie jederzeit ohne Angabe von Gründen widersprechen.

Beschwerderecht:

Sind Sie der Meinung, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten gegen deutsches oder europäisches Datenschutzrecht verstoßen, so bitten wir Sie, mit uns Kontakt aufzunehmen, um Fragen aufzuklären zu können. Sie haben selbstverständlich auch das Recht, sich an die für Sie zuständige Aufsichtsbehörde, das jeweilige Landesamt für Datenschutzaufsicht, zu wenden.

Sofern Sie eines der genannten Rechte uns gegenüber geltend machen wollen, so wenden Sie sich bitte an unseren Datenschutzbeauftragten. Im Zweifel können wir zusätzliche Informationen zur Bestätigung Ihrer Identität anfordern.

9. Bin ich zur Bereitstellung von Daten verpflichtet?

Die Verarbeitung Ihrer Daten ist zum Abschluss bzw. zur Erfüllung Ihres mit uns eingegangenen Vertrages erforderlich. Wenn Sie uns diese Daten nicht zur Verfügung stellen, werden wir den Abschluss des Vertrags in der Regel ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und folglich beenden müssen. Sie sind jedoch nicht verpflichtet, hinsichtlich für die Vertragserfüllung nicht relevanter bzw. gesetzlich nicht erforderlicher Daten eine Einwilligung zur Datenverarbeitung zu erteilen.

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

Für das FÖZ inkl. SVE:

Informationsblatt gemäß Art. 13 ff. Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

I. Datenverarbeitung

Die Schule erhebt und speichert personenbezogene Daten der Schüler:innen und der Erziehungsberechtigten zum Zwecke der **Erfüllung des Bildungsauftrags** oder der **Fürsorgeaufgaben**, zur **Erziehung** oder **Förderung** der Schüler:innen oder zur Erforschung oder Entwicklung der **Schulqualität** oder **zur Erfüllung von Aufgaben der Schulaufsicht**, soweit dies erforderlich ist. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist Art. 85 Abs. 1a Satz 1 BayEUG. Ohne eine rechtliche Grundlage ist die Verarbeitung personenbezogener Daten zulässig, wenn in die Verarbeitung eingewilligt wird. Die betreffenden Daten können freiwillig von Ihnen angegeben werden.

§ 37 Satz 1 BaySchO legt fest, dass die **Schüler:innenunterlagen** die für das Schulverhältnis jeder Schülerin und jedes Schülers wesentlichen Unterlagen umfassen. Sodann bestimmt § 37 Satz 2 BaySchO grundlegend, dass die Schülerunterlagen aus der in Papierform zu führenden Schülerakte (§ 37 Satz 2 Nr. 1 BaySchO) und den schriftlichen sowie praktischen Leistungsnachweisen (§ 37 Satz 2 Nr. 2 BaySchO) bestehen. Die einzelnen (möglichen) Bestandteile der Schülerakte sind wiederum in § 37 Satz 2 Nr. 1 Buchstaben a) bis o) BaySchO abschließend und schulartübergreifend aufgeführt. So darf die Schülerakte - je nach Schulart - beispielsweise enthalten:

- das Schülerstammblatt, das unter anderem Angaben über die Schülerin oder den Schüler, die Erziehungsberechtigten, die Berufsausbildung und die Schullaufbahn enthält und nach dem vom Kultusministerium in Anlage I der Durchführungshinweise vorgegebenen Muster zu führen ist,
- die Abschlusszeugnisse und anderen wichtigen Zeugnisse,
- den Schullaufbahnbogen, in dem die für den schulischen Bildungsweg wesentlichen Feststellungen, Beobachtungen und Empfehlungen einschließlich einer Übersicht über die ausgesprochenen Ordnungsmaßnahmen nach Art. 86 Abs. 2 Nrn. 6 bis 12 BayEUG aufgenommen werden und der nach dem vom Kultusministerium in Anlage II der Durchführungshinweise vorgegebenen Muster zu führen ist,
- die schriftlichen, mündlichen und praktischen Leistungsnachweise der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers sowie damit zusammenhängende Bemerkungen aufgenommen werden,
- die schriftlichen Angaben über bereits erfolgte Maßnahmen und diagnostische Grundlagen bei Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf sowie Unterlagen zum Nachteilsausgleich und Notenschutz,
- alle sonstigen schriftlichen, die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler betreffenden wesentlichen Vorgänge, die zur nachvollziehbaren und transparenten Dokumentation der Schullaufbahn zwingend notwendig sind.

Aus Datenschutzsicht verdient schließlich die Vorschrift des § 37 Satz 3 BaySchO besondere Hervorhebung. Diese Norm stellt klar, dass Schülerunterlagen, die einer Schweigepflicht unterliegen - etwa Aufzeichnungen einer Schulpsychologin oder eines Schulpsychologen - nicht in die Schülerakte aufgenommen werden dürfen. Diese Unterlagen verbleiben vielmehr außerhalb der Schülerakte bei den jeweiligen Schweigeverpflichteten (siehe Nr. 2.10 Durchführungshinweise).

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

II. Verwendung der Schülerunterlagen (§ 38 BaySchO)

Nach § 38 Abs. 1 BaySchO dürfen die Schülerunterlagen ohne Einwilligung der Betroffenen nur verwendet werden, soweit dies zur Erfüllung der den Schulen durch Rechtsvorschriften zugewiesenen Aufgaben erforderlich ist. Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern müssen die Erziehungsberechtigten einwilligen, ab Vollendung des 14. Lebensjahres zusätzlich auch die Minderjährigen selbst; die Einwilligung ist schriftlich zu erteilen und muss sich auf einen konkret benannten Zweck beziehen (siehe § 38 Abs. 3 BaySchO).

Der Zugriff auf die Schülerunterlagen ist gemäß § 38 Abs. 2 Satz 1 BaySchO jeweils auf den konkreten Einzelfall zu beschränken. Zugriff auf die Schülerunterlagen dürfen nach § 38 Abs. 2 Satz 2 BaySchO insbesondere erhalten:

- Lehrkräfte für die jeweils von ihnen unterrichteten Schülerinnen und Schüler, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist,
- die Schulleitung, soweit dies zur Erfüllung ihrer pädagogischen, organisatorischen und rechtlichen Aufgaben erforderlich ist,
- Beratungslehrkräfte, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, soweit dies zur Erfüllung ihrer pädagogisch-psychologischen und rechtlichen Aufgaben im Rahmen der Schulberatung erforderlich ist.

Nach Beendigung des Schulbesuchs darf gemäß § 38 Abs. 2 Satz 3 BaySchO Zugriff auf die Schülerunterlagen nur die Schulleitung im konkreten Einzelfall erhalten, soweit dies zur Erfüllung ihrer rechtlichen Aufgaben erforderlich ist oder die Betroffenen eingewilligt haben. Solche "Einwilligungsfälle" können in der Praxis etwa auftreten, wenn ein ehemaliger Schüler oder eine ehemalige Schülerin eine Zweitschrift seines/ihres Abschlusszeugnisses oder eine Schulbesuchsbescheinigung benötigt.

Die Einwilligung ist immer schriftlich zu erteilen und muss sich auf einen konkret benannten Zweck - wie etwa den Nachweis beruflicher Qualifikationen oder die Belegung sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche - beziehen. Das Schriftformerfordernis dient nicht allein dem Schutz der betroffenen Schülerin oder des betroffenen Schülers, sondern auch der Absicherung der Schule. Allerdings kann das Schriftformerfordernis nicht nur - idealerweise - schon bei Antragstellung, sondern auch erst bei Abholung der Zweitschrift oder der Bescheinigung erfüllt werden.

III. Übermittlungen personenbezogener Daten

Die Anschrift der Schülerin oder des Schülers und der Erziehungsberechtigten wird an die Firma Taxi Haberzett in Mitterteich als Fuhrunternehmen sowie die Regierung der Oberpfalz als Träger der Schülerbeförderung und die unteren Gesundheitsbehörden zum Zwecke der Durchführung der Schuleingangsuntersuchung übermittelt.

Die Meldebehörde, Gesundheitsbehörde, Frühförderstelle, Grund- und Mittelschule und/oder das FFZ meldet der Förderschule personenbezogene Daten von Kindern und Jugendlichen mit dem Förderbedarf geistige Entwicklung im Landkreis Tirschenreuth, sowie die Daten der gesetzlichen Vertreter. Die Schule erhält folgende Daten durch die Meldebehörde übermittelt:

1. zum Kind
 - a) Familienname,
 - b) Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens,
 - c) Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat,
 - d) Geschlecht,

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

2. zu den gesetzlichen Vertreterinnen oder Vertretern

a) Familienname,

b) Vornamen,

c) Anschrift,

d) Auskunftssperren nach § 51 des Bundesmeldegesetzes und bedingte Sperrvermerke nach § 52 des Bundesmeldegesetzes.

Die in der oben genannten zur Erfüllung des Bildungsauftrags notwendigen Daten werden im Bildungsportal ASV des Landes Bayern sicher gespeichert. Für die Bildungsplanung relevante Daten werden an die Regierung zur Planung des Unterrichts übermittelt.

Darüber hinaus werden diese Daten wird die Schülerakte bei Schulwechsel von der abgebenden Schule an die aufnehmende Schule zum Zweck der Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht übermittelt, inklusive der Information zur Einhaltung der Masernimpfpflicht.

IV. Auskunft/ Akteneinsicht

Gem. Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, Auskunft bzw. Akteneinsicht über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu erhalten. Sind bei uns gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig oder unvollständig, haben Sie gem. Art. 16 DSGVO das Recht, diese berichtigen bzw. vervollständigen zu lassen.

§ 41 Abs. 1 Nr. 1 BaySchO gewährt den Schülerinnen und Schülern ab dem 14. Lebensjahr - auch wenn sie die Schule verlassen haben - ein eigenständiges Einsichtsrecht. § 41 Abs. 1 Nr. 2 BaySchO vermittelt den Erziehungsberechtigten - also gemäß Art. 74 Abs. 2 BayEUG den Personen, die (für minderjährige Schülerinnen und Schüler) sorgeberechtigt sind - ein eigenes originäres Einsichtsrecht, das von den Regelungen zur Ausübung der gemeinsamen Sorge bei getrenntlebenden Ehegatten unabhängig ist (siehe Nr. 6.2 Satz 7 Durchführungshinweise). Unter den in § 41 Abs. 1 Nr. 3 BaySchO genannten Voraussetzungen dürfen zudem die früheren Erziehungsberechtigten bei Schülerinnen und Schülern ab der Vollendung des 18. Lebensjahres bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres Einsicht in die Schülerunterlagen nehmen. In seltenen Ausnahmefällen kann das Einsichtsrecht nach Maßgabe des - eng auszulegenden - § 41 Abs. 2 BaySchO beschränkt werden. Soweit möglich, ist eine Einsichtnahme in die Schülerunterlagen allerdings zu gewähren; dabei haben die Schulen gegebenenfalls die Daten, in welche eine Einsicht unzulässig ist, zu schwärzen. Eine pauschale Verweigerung der Einsichtnahme ist in jedem Fall unzulässig (siehe zum Ganzen Nr. 6.2 Durchführungshinweise). Für die Gewährung von Einsichtnahme und die Anfertigung von Ablichtungen können die öffentlichen Schulen nach Art. 16 Abs. 3 Kostengesetz auf die Erhebung von Kosten verzichten.

V. Aufbewahrung der Schülerunterlagen

Art. 17 DSGVO normiert das Recht auf Löschung personenbezogener Daten. Dieses Recht steht Ihnen insbesondere dann zu, wenn die Speicherung der personenbezogenen Daten zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben nicht mehr erforderlich ist oder Sie Ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen haben.

Laut § 40 BaySchO soll das Schülerstammblatt mit seinen Basisdaten sowie wichtige (Abschlusszeugnisse und Urkunden sind 50 Jahre, sonstige Unterlagen der Schülerakte ein Jahr und Leistungsnachweise zwei Jahre aufbewahrt werden. Die Fristen beginnen mit Ablauf des Schuljahres, in dem die Schülerin oder der Schüler die Schule verlässt, beziehungsweise mit Ablauf des Schuljahres, in dem die Leistungsnachweise angefertigt wurden. Die Fristen können im Ausnahmefall nach § 40 Satz

INFORMATIONSPFLICHTEN GEM. ART. 13 DSGVO

4 BaySchO abweichen. Dies ist in jedem Einzelfall nach § 40 Satz 5 BaySchO nachvollziehbar zu dokumentieren.

VI. Einschränkung, Widerspruch, Widerruf und Beschwerde

Gem. Art. 18 DSGVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten verlangen, wenn die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen, wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

Sie können bei Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, ein Widerspruchsrecht geltend machen. Gem. Art. 21 DSGVO ist jedoch zu berücksichtigen, ob schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vorliegen oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient. Sie haben gem. Art. 7 Absatz 3 DSGVO das Recht, eine uns erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

Art. 77 DSGVO enthält ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde. Eine Beschwerde hat über das auf der Homepage der Landesbeauftragten für den Datenschutz eingestellte Beschwerdeformular zu erfolgen.